



Frá námsárum í Þýskalandi: Glósur,
lögfræðilegt efni, ódagsett.
3. hluti af 3.

Bjarni Benediktsson – Háskóli Íslands – Laganám – Glósur – Ráðherrar – Konungur – Stjórnvald

Tekið af vef Borgarskjalasafnsins

bjarnibenediktsson.is

Einkaskjalasafn nr. 360
Uppvaxtar- og námsár
Askja 1-5, Örk 7

©Borgarskjalasafn Reykjavíkur

II. Gesellschaft = jede Art menschlichen Verbindung.
Die Gesellschaft ist etwas andere. Die Menschen fallen in sehr verschiedene Gruppen auf allem Gebieten und diese Gruppen bewegen sich so sehr mannig.
Der Begriff, der nach Geburt, Besitz, Beruf, Bildung und verschiedenen andere

Die Gesellschaft ist die Menschheit betrachtet mit Rücksicht auf diese Gruppenbildung.

III. Staat und Gesellschaft. 1. Der Staat ist nicht die Gesellschaft, sondern eine von diesen gesellschaftlichen Gruppen. 2. Der Staat ist nicht ein Gegensatz zur Gesellschaft, es ist nur denkbar dass er in Kampf mit einer andere von diesen Gesellschaftsgruppen steht. 3. Wodurch scheidet sich der Staat von anderen Gesellschaftsgr.

- a. Der St. unterscheidet in territorialer Eigenschaft.
- b. Durch seine Organisation, kann nicht gedacht werden ohne Organisation.
- c. Einigkeit der Zusammenhänge, Bewusstsein der Zusammengehörigkeit.
- d. Die Lehre von Tönnies, Hoch Gemeinschaft und Gesellschaft. Gemeinschaft unendlich verbunden Staat

e. Bestimmte Zwecke.

f. Die Art der Zwecke

α äussere Zwecke (Zusammenleben, äussere Leben)

β Der Staat immer grössere Zwecke als die Gemeinde.

Die Herrschaft, die äussere Herrschaft unterwirft
et dem Staat von vielen anderen Organisationen.

Die höchste Gewalt, Gründeter hebt er den Augen
darauf. Herbei: Der Staat nie von der Gesellschafts-
gruppen, eine besondere Art des Pheralismus.

§ 4. Die Rechtfertigung des Staates. Der Anarchismus

I. Göttliche Stiftung.

1). Theokratischer Staat, die Priester-herrschaft.
Griechenland, Rom.

2) Christentum hat diesen Gedanken gepflegt.

Augustinische Lehre. Die Lehre von zwei Schwertern

II. Theorie vom Rechte des Staates, die Machttheorie.

Adolf Menzel, Wien. Spinoza. Die sozialistische
Theorie.

III. Juristische Theorie. 1. Familienrechtl. Erklärung

Patriarchale Staatstheorie, Sir Robert Filmer. John

Locke hat diese Theorien wiederlegt. Two

Treatises on Government"

Triquet.

2. Sachen rechtliche Erklärung.

a. Der Staat ist zum Schutz des Eigentums.
Die ursprüngliche Theorie, Plato, Cicero.
Zur Ausgangspunkt der Sozialisten.

b. Der Staat ist Eigentümer, Patrimoniale Theorie
Späteren Mittelalter, Haller.

3. Vertragstheorie, ich bin gebunden weil ich
gebunden sein will. Der Gedanke ist sehr alt,
Protagoras, Sophisten, Epikureer. Ulpianus.
Im Mittelalter.

a. Die Vertragsth. im Mittelalter ist ein Subjektionsvertrag. Thomas von Aquino, Marsilius von Padua 1342. Hier basiert die Herrschaft auf Vertrag.

b. Erst allmählich sagt man, dass nicht nur die Herrschaft auf Vertrag ruht sondern der ganze Staat. Hobbes, Engländer. Kirchenpolitik.

c. Thomas Hobbes, von dem Staate herrschte ein nicht-staatlicher Zustand unter dem Herrscher. Bellum omnium contra omnes. John Locke.

Pfaffenberuf

d. Rousseau Contrat social. Kant, Fichte besonders in seinen jüngeren Jahren. Schriftl.

Der Vertrag muss auf einem Rechte beruhen,

7
Daraus folgt dass man ewig an diesem Vertrag gebunden ist. Infolge der Freiheit sollte man es tun können.

Die Gebote müssen auf dem "volunté generale" beruhen. Dies ist der demokratische Staat aber passt nicht auf andere Staatsformen, und eigentlich auch nicht auf die Demokratie.

4. Theorien von der Notwendigkeit.

a. Die natürliche Notwendigkeit des Staates für die Menschen. Aristoteles.

b. Die sittliche Notwendigkeit des St. Staates.

c. Verbindung zwischen diesen beiden Theorien.

§ 5. Staatszwecke.

I. Die Lehre von St. Zweck hängt mit der Lehre von der Rechtfertigung des Staates zusammen.

II. Die Lehre von Zwecklosigkeit des Staates.

Nicht wichtig. Die Verfassungen auf Zählern sehen oft die Zwecke des Staates. Z.B. Die U.S.A.

III. Wie der St. handeln soll, wann er handeln soll und was er tun soll.

III. Der Sinn der Fragestellung.

Man kann nicht gut von der Mission des

Staats sprechen, sie ist entweder ein Programm oder ein Blick zurück.

(Welche Zwecke soll der Staat verfolgen).

IV. 1. Jeder Staat verfolgt den Zweck der Selbst-erhaltung.

a. Der Staat ist ein Schutz des Volkes gegen Angriffen und Störungen besonders von aussen. Selbstverteidigung.

b. Jeder Staat muss dafür sorgen dass er ökonomischen Mitteln hat um sich zu behaupten.

c. Jeder Staat der ein Gemeinwesen ist muss sich organisieren.

2. Jeder Staat hat die Aufgabe sich in die Dienst des Rechts zu stellen. Die Rechtspflege. Die Gerichte sind Staatsgerichte.

3. Der Staat hat auch immer auf irgendweise für das Wohl seine Untertanen.

V. Welche Zwecke soll der Staat verfolgen.

Absolute Theorien sagen dass der Staat einen Zweck unter allen Umständen haben muss oder andere niemals haben kann.

Relative Theorien.

Expansive Theorien vs Limitative Theorien.

VI Wohlfahrtstheorie. Das Zweck ist die Beförderung
des grösst möglichen Wohls seiner Bürger. Diese
Theorie leidet an ihrer Unbegrenztheit. Was ist für
die Wohlfahrt zu sorgen? Expansionstheorie.

VII. Die Theorie des Sittengesetzes. Ethische
Theorie.

X. Triepels Theorie. Geht aus vom Wesen des Staates.

Integration: A. Das St. ist immer eine gewisse Ordnung
kann nicht auf das Innenleben nicht wirken,
besonders nicht auf das religiöse Leben. "Gedanken
sind tollfrei".

B. Das St. ist eine Gemeinschaft, die
Individualität ergänzen soll aber nicht töten
darf.

II. Positiv. Gemeinschaftsförderung.

A. Gemeinschaft ist Einheit. Suedh "Vorfors."

Integrierend ist was Einheitsfördernd wirkt.
Integration.

Triepel.

B. Was Ordnung gibt ist Staatszweck, Polizei.

6. Die Ordnung muss nach der Gerechtigkeit geregelt sein. Der Staat muss dienen von der Gerechtigkeit.

96. Entstehung und Untergang der St.

I. Was heisst die Frage. Man weiss nicht wie die Staaten und warum sie entstanden sind. Die Theorien über diese Fragen sind nur Hypothesen.

Aber eine ganz andere Frage ist es wie Staaten entstehen und verschwinden in unserer Kulturapoche. Können wir hier rechtliche Gesetze aufstellen? Nein, sagt Triepel.

II. Aber es ist ein starker Schein vorhanden als ob es anders wäre. Man kann neue Staaten ^{nach dem Schein} mit Gesetzen stiften: z.B. Island, Island. Territorien in U.S.A., die Staaten gemacht werden -

2. Auch scheint es so dass man mit völkerrechtlichen Erklärungen ^{und Verträgen} Staaten stiften könne. z.B. die Balkanstaaten von Türkei. Danzig, Unionsvertrag, Fusionsvertrag.

dem Schein nach.

3. Individuen können ein „contract social“
schliessen, Liberia; Virginia.

Aber die Entstehung des Staates ist eine
reine Tatsache, die ausserhalb des Rechtes
liegt.

§7. Die Staatsgewalt

I.

II. Inhalt der Staatsgewalt ist Herrschaft,
sic volo, sic iubeo.

III. Die Staatsgewalt wird von sehr vielen
ausgeübt.

(Im historischen politischen Sinne nennt
man die Träger der Staatsgewalt).

Historisch-politisch gegen Rechtliche
Auffassung der Träger der Staatsgewalt.

IV. verschiedene Gleichheitsrechte. Objektive
gegen subjective Teilung der Staatsgewalt oder
der Gleichheitsrechte. Obj. Teilung schon bei
Aristoteles. Die Frage ist ob eine entsprechende
subjective Teilung ist. John Locke: 2 Gewalte

Triepel.

Executive bei König, Gesetzgebung bei Parlament. - Montesquieu: Die Freiheit wird dadurch gesichert, dass eine Teilung der Staatsgew. findet statt.

§ 8. Die Souveränität.

Literatur: Georg Jellinek: Lehre von Staatenverbindungen, Rivin in Glitsch Annalen des d. Reiches 1883, Helser Problem der Souveränität, 1920, Steller: Die Souveränität 1927, Hugo Preuss 1888.

I. Man hat gesagt dass der Souveränitätsbegriff bei Aristoteles vorkommt, aber Triepel glaubt, dass es kaum richtig sei, A. hatte keinen Anlass diesen Begriff zu benutzen. Der Begriff ist erst entstanden im Mittelalter, kommt aus mittellateinischer lateinisch, *super omnia*. Im Mittelalter nannte man einzelne Staatsakten souverän die höchste Entscheidungen, auch die höchsten Reichsorgane, die diese Entsch. aussprachen.

Das Königtum emporspross im Gegensatz gegen die Kirche in der fiktive Weltreiche

3 die ständischen Gewalten

II. Das eigentl. wissenschaftliche Gründen des Souveränitätsbegriffs: Jean Bodin.

III. Die Souveränität nach aussen versus hergend beinahe ganz hinter die Souveränität nach innen. Aber dieser Gegensatz besteht ja eigentlich gar nicht.

IV. Der heutige Standpunkt. 1. Die Souveränität als eine Eigenschaft der öffentl. Gewalt als solche. 2. Es gibt in jedem Staat eine höchste, letzte Gewalt unter: Der Fürst oder Volk.

V. Ist die Souveränität teilbar? Früher eine allgemeine Lehre. Sabaud sagte dies unteilbar sei. Triepel glaubt dass eine Teilung der Souv. möglich sei.

VI. Ist die Souv. ein Begriffsmerkmal im Staat? Darüber kann man ewig streiten, es kommt darauf an, ob es zweckmäßig ist den Begriff weit oder eng zu setzen.

II. Kap.

Staat und Recht.

Bg. Das Verhältnis zw. Staat und Recht.
II Verhältnis des Staats zur Rechtsbildung.

1. Staat und Ursprung des Rechts. Was ist das ältere? Recht kann sich entwickeln im Kreise der sich nicht organisiert hat, z. B. Völkerrecht. Dagegen ist Organisation undenkbar ohne Recht. Staat und Recht sind korrelative Begriffe, Recht undenkbar ohne Staat, und Staat undenkbar ohne Recht.
2. Staat und Fortbildung des Rechts. Recht bildet sich neben dem Staate im Volke selbst.

Triepel.

Staatshöherheit zw. Staat und Recht.

Ist der Staat dem Recht unterworfen?

II. Warum ist das Recht verpflichtend? Worauf ruht die Gültigkeit des Rechts. - Kelsen: Rechtliche Verbindlichkeit, jeder Rechtsatz ruht auf einem ~~höheren~~ höheren Rechtsatz.

Schließlich eine Hypothese, & zwar hypothetisch. - Dies kann gar nichts beweisen, weil es auf einer Hypothese ruht. Die Verbindlichkeit des Rechtes ist nie aus dem Rechte zu beweisen. Triepel meint, dass das Recht für uns verbindlich ist, weil wir uns der Autorität, auf welcher es ruht, unterworfen fühlen. Das Sich-Einstellen der Gebundenheit.

III. Ist dann der Staat an das Recht gebunden? und warum?

1. Ist der St. überhaupt an das Recht als solches gebunden? Steht er vielleicht über dem Recht. Der deutsche hat immer das Recht über dem Staat. Die romanische Auffassung gegensätzlich.

2. Jede Rechtsbildung, die vom St. ausgeht.

ist eine Willensbildung. Der St. muss seinen
Gesetz beistimmen wenn er los davon werden
will.

b. In Verfassungen steht oft, dass die
grundlegenden Bestimmungen nicht abgeändert
werden dürfen. Diese Bestimmungen sind an
sich verpflichtend, wenn sie abgeändert
werden ist es ein revolutionäres Akt.

c. Der St. kann sich beim Gesetz verpflichten

~~III~~ § 10. Die Schranken der Staatsgewalt.

I. Die Schranken des Völkerrichts.

II. Wenn ein Staat nicht ein souveräner Staat
ist so muss er der oberen Staatsgewalt ge-
horchen.

III. Die Schranken, die innerhalb der staatlichen
Ordnung dem Staate auferlegt sind.

IV. Freiheits- oder Grundrechte in Verfassungen
1. Woher kommen die Grundrechte? erwachsen
aus naturrechtlichen Boden. Nicht vom Pörsen
2. Jellinek: Die Enklavierung des Menschen-
und Bürgerrechte, sehr gut. Ursprünglich
in den amerikanischen Staaten.

2. Die rechtliche Bedeutung.

a. Gesetzliche Werturteile, legalisierte Wertungen.
Nicht Lehre Demarkationen.

b. Man kann nicht allgemein sagen, ob hier
subjective Rechte sind, es steht man bestimmen
in jedem einz. Falle.

3. Der Gesetzgeber wird von diesem Grund-
rechten gebunden.

§ 11. Der staatsbürgerliche Gehorsam und
das Widerstandsrecht.

I. Wolzendorff: Staatsrecht und Naturrecht
in der Lehre von ~~Naturrecht~~ Staatsrecht.

Blotter, Rousseau, Kant fordern ~~unbedingten~~
Gehorsam von den Untertanen.

II. ^{widerstandsrecht wollen} Antike Staatslehre besteht aus dem Standp.

dass ein Tyrann beseitigt werden kann, Revolution
gestattet. Dasselbe in Renaissance

2. Die christliche Kirche, zwar nicht av-
syriologisch, aber später, besonders im Streit
zw. Kirche und Staat.

3. Die Lehre von Staatsverträge und Volkes-
souveränität führt eigentlich logisch zum
Widerstandsrecht. Milton, Rousseau, die

französische Revolution. Fichte, Schiller in
Wilhelm Tell.

4. Die ständische Staatsidee. Meqna Charta 1215

5. Die konstitutionelle Theorie, die Verteilung der
Gewalte. Nur verfassungsmässiger Gehorsam.

III. Der heutige Standpunkt

1. Widerstandsrecht gegen den Staat in
Ländern, gibt es ein Revolutionsrecht als
solches? Triepfel glaubt nicht, wenn der
Staat legitim ist.

2. Gibt es Ungehorsamsrecht gegen den einzelnen
Staatsakt.

a. Ein Gesetz muss formell gültig sein,
und ein unformelles Gesetz ist nicht verpfl.

b. Der Inhalt des Gesetzes muss gültig
sein, Gesetz unterordnet der Verfassung.

c. Verordnungen

Die Rangordnung der staatl. Aktes, je höher
der Akt in der Rangordnung steht, so weniger
ist Widerstand erlaubt.

"Der Richter hat immer recht", dem Richter
muss man gehorsam sein.

Die Verwaltung. Ungehorsam ist erlaubt
gegen einen rechtswidrigen Verwaltungsakt.
Zwar auf eigene Verantwortung.

Triepel.

Staatsrecht.

I. Staatsrecht ist das Recht, das sich auf den Staat bezieht. Staatliches Recht ist anders = Recht das vom Staate ausgeht. - Staatsrecht ein sehr wichtiger Teil vom öffentlichem Recht. "Öffentl. Recht gegen Privatrecht. Salmons sagt dass hier kein Unterschied zwischen ihnen gelte. Die Gesetze machen diesen Unterschied, so man kommt gar nicht davon weg. Man hat gesagt dass Privatrecht = Vermögensrecht sei, öffentlich Recht kein Vermögensrecht. Aber dies ist nicht stichhaltig. Triepel glaubt, dass der Unterschied nicht in der Normen liegt, sondern in den verschiedenen Lebensverhältnissen, die man regeln will. Privatrecht = Normen zur Regelung aber als Privat angesehen, "Öffentl. Recht = Normen zur Regul. der als öffentl. angesehen. "Öffentl. sind die Rechtsverhältnisse wo die öffentl. Interesse, nach Meinung der Rechtsquelle, überwiegen sind.

II. "Öffentl. Recht ist alles gemeinschafts bezügl. Recht. Staatsrecht unterscheidet sich davon muss man untersch. weil man kann nicht alles beverb. lassen und ein besonderes Wissenschaft hat sich für jeden Zweig des öffentl. Recht gebildet.

III. Allgemeines Staatsrecht versus partikulares Staatsrecht. Allgemeines Recht gilt nirgends aber doch überall.

III. Glay. Staatslehre und Staatsrecht als Wissenschaft.

§ 13. Das System der Wissenschaften vom Staate.

I. Es hat niemals eine einheitliche Staatswissenschaft gegeben, sondern mehrere Staatswissenschaften.

Aber die Rechtswissenschaft war früher eine einheitliche Wissenschaft. Es gibt keine

Gesellschaftswissenschaften, Soziologia, die in einzelne Teile geteilt werden kann. Staatslehre und Staatsrecht sind keine Teile davon.

Aber Soziologie kann Methode sein, man kann Staatslehre soziologisch treiben, auch Staatsrecht, Sprachwissenschaften und so.

II. Es gibt einzelne Wissenschaften, die mit gesellschaftlichen Tatbeständen zu tun haben.

1. wo keine Zwangsregelung gibt, z.B. Sprachwissenschaften. 2. wo Zwangsregelung ist.

III. Erklärende & Beschreibende Wissenschaften
Praktische Wissenschaften

(IV) ~~Stap.~~ Staatsrecht

Otto Gierke: Johannes Althusius. (Ein sehr gutes Buch)

IV. Naturrecht, / Konstitutionelles Staatsrecht.

Rotteck (4). Mirabeau, ^{Revolution} Speers, Benjamin Constant
Cours de politique constitutionnelle.

2. Der Historismus. Die historische Rechtsschule,
Savigny. Dahlmann 1835: Die Politik auf
dem Grund und das Mass der gegebenen Zustände
zuzuführen.

3. Leibniz, Gellinek, zu viel juristische
Konstruktionen, konstruktive Jurisprudenz.

Bluntschli: Allgemeine Staatslehre, schon in
Vergessenheit gerieten. Mohl: Enzyklopädie
der Staatswissenschaft, ein sehr wertvolles
Büch. Mohl: „Staatsrecht, Völkerrecht, Politik“

Die konstruierende Juristen: Max Seydel:
Allgemeine Staatslehre. - "

Georg Gellinek: Allgemeine Staatslehre,
sehr konstruktiv, aber zu dachte auch gerichtlich
und philosophisches.

Richard Schmidt: Allgemeine Staatslehre,
nicht ganz gegliedert.

Reben : Allgemeine Staatslehre , nicht gut.

Gelwitz (H): Allgemein. Staatsl. (Lange)

Gelben : Allgemeine Staatslehre

Waldecker : Allgemeine Staatslehre , nicht gut.

3. Buch. Allgemeines Staatsrecht.

Verfassungsrecht.

Smech: Verfassung und Verfassungsrecht.

Carl Schmitt: Verfassungslehre.

§ 15. Begriff und Bedeutung der Verfassung.

I. Mehrere Verfassungsbegriffe. Vorzugsweise in drei Bedeutungen.

1. Verfassung im körperlichen Sinne.

Das Gesamtverhältnis in dem die Zweiteilglieder sich finden. Auch geistige Verfassung.

Auch Das Gesamtverhältnis von Staatsbürgern

2. Die Gesamtheit von Rechtssätzen ist

Verfassung. Verfassungsrecht ist das politische Staatsrecht. Das Verfassungsrecht handelt von

den Staatsorganen, ihrer Bildung, ihre gegensätzliche Verhältnis, ihre Zuständigkeit. Auch das Grundverhältnis des eing.

Zur Souveränität. Verfassung im materiellen Sinne. Solche Verfassung hat jeder Staat, auch der absolute Staat.

3. Verfassung heisst auch sozial rechtlich geschriebene Verfassung, formale Verfassung. Nicht zu verwechseln mit materiell. Verf.

II. 1. Wie ist man zu Verfassungen gekommen (geschriebene) gekommen, ursprünglich die selbe Ursache wie bei Fixierung von auel. Gesetzen. Konstatierung des Rechts.

2. Modifikation von den Rechtsregelungen, die ~~das~~ Gebiet betreffen.

3. Die Modifikation erfolgt hier weil man diese Rechtsregelungen ein höheren Wert gibt.

a. Immer sind einige Lege Fundamente gewesen, die eine höhere Bedeutung und Gültigkeit hatten. Pouvoir constituant.

b. Ursprünglich kommt diese Verwirklichung von besonderen Rechten, vor in Compacts von den englischen Kirchen, Puritanern. Die Charters von den engl. Kolonien. 1776 die Verfassung von Connecticut. Das Urbild von den modernen Verfassungen in America. 2 Hauptteilen der Verfassungen: 1. Name of Government 2. Bill of Rights. - Die französische Revolution. Ungarn hat noch keine Verfassungsurkunde.

III. Bei uns ist die Verfassungsurkunde ein staatlicher Akt. Verfassungsurkunde = eine Zusammenfassung von Rechtsvorschriften, denen ein höherer Bestandkraft gegeben wird.

1. Sie können zu abändern.

a. Vorbehalt der Initiative von ein oder anderen Staatsorgan. Z. B. entweder nur vom König oder nur vom Parlament.

b. Die Verfassung darf nicht für eine gewisse Zeit abgeändert werden. Verbot gegen gewisse Abänderung überhaupt. Z. B. Verbot gegen Abänderung der französischen Staatsform.

c. Zur Abänderung bedarf 2 Gesetze. In dem das Parlament muss zweimal sich mit dem Abänderungsgesetz befassen.

d. Eine Erhöhung der Majorität für die Abänderung. Auch die Erhöhung des Quorums.

e. Man verlangt, dass die Volksvertretung einvernehmlich bevor die Abänderung zum Ende geliebt wird. Extra-Sessionen. Volkes Abstimmung +

2. Der Inhalt der geschriebenen Verfassungen wird mehr oder minder willkürlich gestaltet.

3. Verfassung im materiellen und formellen Sinne brauchen sich nicht zu bedecken und machen es meistens nicht.

IV. 1. a. Unveränderliche Verfassung = Verfassung von der Obrigkeit einseitig gegeben.

b. Pacht-artige Verfassung, durch Vereinbarung entstanden.

2. Starr und bewegliche Verfassungen, erst bei James Bryce (rigid - flexible) ; Carl Schmitt ist dagegen...

1. Kapitel Die Verfassungsformen

§ 16. Die Einteilung.

I. 1. Aristokratisches: Politische Staaten mit Einzelherrschaft = Monarchie, b. Mehrherrschaft =

Aristokratie, c. Republik = Demokratie, All-herrschaft

2. Machiavelli. Gegensatz zu Monarchie - Republik

II. Sachgemäße Einteilung

1. Die Verfassung regelt a. das Gewaltverhältnis des Bürgers zur Obrigkeit, b. Organisation

Triepel.

- ist der Oberrichtsstaat.

Am besten faßt man nach der Organisation, von wem und wie was der oberste Staatswille gefaßt.

Monistische - dualistische Struktur.

A. Monistische Struktur. a. Ein einziger Mensch. b. ^{Republik} ~~Demokratie~~ α . reine Demokratie, β repräsentative Demokratie, γ . Aristokratie.

B. Dualistische Struktur. a. Die beschränkte Monarchie, ständische und konstitutionelle, b. z. B. Reichsrat Bundesrat und Reichstag im alten Reich.

III. Eine alte Lehre ist folgende Entwicklung: König, Tyrann, Aristokratie, Demokratie, Herrschaft der Straße, wieder König usw.

§ 17 Begriff und Art der Monarchie
Wesen und Art.

I. Der ^{Monarch} König ist unverantwortlich, niemals Untertan.

II. Der Monarch ist eine physische Person. Dyarchie = zwei Könige in der-

selben Zeit. Aber hier ist immer entweder stat-
tisch oder rechtlich nur einer der Regierenden,
der Andere dann ein ständiger Stellvertreter.

III Wahlmonarchie, Erbmonarchie, beschränkt
und absolute Monarchie.

§ 18. Wahlmonarchie, Erbmonarchie.

§ 19. Absolute und beschränkte Monarchie.

I. Absolute M. Herrschaft der Bürokratie:

Theokratischer Absolutismus. Gott oder auf
göttlichem Ursprung. - Patrimonialer Ab-
solutismus, Eigentümer des Staates. -

Das höchste Organ des Staates, z.B. Fr. 1.

Überindividuell. Aufgeklärter Absolutismus.

II. Beschränkte M. 1. Ständische Monarchie.

Die Stände: Die Klerus, Der Adel, Das
Bürgertum.

§ 20. Konstitutionelle Monarchie. Gerichts-
Montesquieu.

Gerichte engl. Verfassung.

§ 21. Der Charakter der konst. Monarchie.

§ 22. Die Arten der konst. Monarchie.

Parlament. Konst. Reich: Glasboru: Parla-
mentarische Kabinettsregierung.

Triepel.

Redslob: Parlamentarische Regierung

Pilat: Parlam. 1917.

Englisch: May: Const. History of England.

Geist: Die engl. Verfassungsgeschichte 1894.

" Das engl. Parlament in tausendjähriger

Wandlung. 1886.

Gatschek: Engl. Staatsrechtl.

" Eng. Verfassungsgeschichte.

" Lowell.

Sidney-Lee: Governance of England.

Dibelius: England.

Koellnter: "

§ 23. Die Republic.

I. Republic anders als Demokratie.

II. Corporative Regierung. -- Collegium.

a. Aristokratische Republic.

b. Demokratische Republic oder Demokratie.

III. Die antike Demokratie anders als

heutige Demokratie. Antike Demokratie eine

halbe Demokratie. z. B. das Sklaventum.

Moderne Demokratie nicht allseitig mehr

ein Unterschied zwischen Staatsorganen

und Bürgern.

§ 24. I. Die reine oder unmittelbare Demokratie.
z. B. einige Schweizerische Kantone.

II. 1. Die Regierung wird von einem Kollegium geführt, Direktorium, besonders im Schweiz, Bundesrat. In allen deutschen Einzelstaaten wird gewählt.

2. § 25. Die Präsidentschaftsrepublik.

I. Nahe Verwandtschaft mit der konst. Monarchie.

II. Der Präsident wird gewählt. Direkte und mittelbare Wahlen, von der Volksvertretung gewählt. Subsidiäre Wahl durch die Volksvertretung.

III. Kompetenzverhältnisse: Verschieden in U.S.A. Frankreich, Deutschland.

IV. 1. Verhältnis zwischen Präsident und Volksvertretung in U.S.A.

2. In Frankreich. Das Staatsoberhaupt soll neutral sein, eigentlich über die drei anderen Gewalten, die Lehre von Benjamin Constant und Thiers. Prevost Paradol: ~~Das~~ France nouvelle.

3. In Deutschland.

V. Präsidentschaftsrepublik ist auch eine

Demokratie und deshalb muss der Präsident auch ein Untertan sein.

3. Kapitel.

Die Staatenverbindungen.

Jellinek Die Lehre von Staatenverbindungen 1882.

Brie Die Theorie von den Staatenverb.

Lundborg Die Modernen Staatenverbindungen.

I. 1 Staatenverbindungen als Vorgang.

II. Die Verhältnisse die dadurch geschaffen werden, nicht nur staatsrechtliche sondern auch tatsächliche. Rechtliche sind entweder staatsrechtliche oder völkerrechtliche.

III. Immer Verbindungen zwischen Staaten.

"Ifters ein Verhältnis zwischen einem Hauptland und Nebenland. Nebenland = ein von einem Staat beherrscht, aber nicht inkorporiert, ohne eigene Staats Herrschaft (Gebiet).

Exklaven anders = ein inkorporiertes Gebiet, das räumlich vom Hauptgebiet getrennt ist.

Kolonie nicht immer Nebenland, weil sie mitunter inkorporiert sind.

II. A. Staatenverbindungen des blossen Zwischen.

1. Ganz unorganisiert.
2. Auch eine Organverbindung, Organ-
Gemeinschaft. Dies wichtigste
Organgemeinschaft wenn das
Staatsoberhaupt ^{seiner} gemein ist
3. Verwaltungsanschluss. z. B.
war früher der preussische Eisen-
bahnminister Oberhaupt der
hessischen Eisenbahnverwaltung.
Auch Kolonialverwaltungen.

B. Verbindungen der über- und Unteren Ordnungen.

1. Einseitige Abhängigkeitsver-
hältnisse.

2. Staatenvereine.

a. Völkerrechtliche Vereine,
meistens Verwaltungsvereine.

z. B. Postverwaltungsverein.
- Staatenbund.

b. Der Zusammengesetzte
Staat, Bundesstaat.



Triepel

§ Personal und Realunion (A. 2).

I. Personalunion := zufällige Tatsache, dass mehrere Organe in einem Personal vereinigt sind

II. Die Real-Union, eine Verbindung mehrerer Staaten wo die Kronen von Rechtswegen auf demselben Haupt sind. Ungarn-Österr., Schweden-Norw., Dänem-Gel.

~~zufällig~~
zufällig

§ Der Staatenbund.

Westerkum: Staatenbund und Bundesstaat 1892.

Zbars: Der Staatenbund 1910.

Ein Verein souveräner Staaten gegründet für Verfolgung höchster politischer Aufgaben.

§. Der Bundesstaat.

Brie: Der Bundesstaat

Naritsky: Der Bundesstaat als Rechtsbegriff 1924.

I

Itin sammi laga
dæmning

Ans: lott: professor,
 ítalísku, m. a. farsæt: fosta milli-
 ríkjadómstólsins í Gæg, va-
 talísku fremsta þálfandi fjöt-
 ritna höfundar, er. m. k. í megin-
 landinu, er og studevat: í Berlin.
 Sláun vat: í heilbrigði des
 Völkerrechts Bd. I s. 337-360
 um ástatur til þess at milli-
 ríkjasmuninga falli mitun.
 Sláun greini á milli ástatura,
 sem hafa: för met sér, at
 samur. fellur mitun of gjálfr
 sér, og þeirra, sem gera at verkun
 at at:lan þá heimild til at rífta
 hönnun, er hönnu stundun þangat
 til heimildinni er beitt (s. 337)

Til þinna fyrru telur hönnu:

- 1) Sambandaleg at:la.
- 2) Fullmeqning.
- 3) Afal samur. ritna.
- 4) Tíma tókunorkunin.
- 5) Uppsjögn skv. á kv. samur.
- 6) Samningu at:lan líta undir
 lög.
- 7) Dómáttaleiki fullmeqningu.
 Skilvætti, er líti til bratt lalla
- 8) ~~At:lan~~ ~~at:lan~~ ~~at:lan~~
 samur. þeirra í met al
 eru bet: beveru ortun
 fram telur skilvætti og
 þegjandi. Til þinna ritna
 felst einbun reglan
 "Clausula rebus sic stanti-
 bus", þ. e. samur. gjöldin
 einungis metan at rik eru
 óbreytt.

Af þessum ástatur gat a
 þá hönnu til álitu 6) 7) og 8)

6) á þó okki vit, því at
þiðt bat: ríkin séu þannum,
þá er þó þvottast list: undir
lok, enda unndr bat: þá undir
sömmu sökum rald.

7) Val er hugsanlegt, at talið
gott: at ómöguleikun á at fall-
vegja samn. heft: heft: þá
met séi nítun fall heft. um þat
mi deila og mundi séi deila geta
þannit undir milliríkjadóm (ab. stov)
Ans: lott: segir s. 343, at þat sé
tilkoma atv., hvort ómöguleiki:
líli heft: í þá met séi algert
brott fall samn. atv. þrest: einungis
framkvæmd heft. Ef val: er gildi
hit ritara.

8). *Elcusula velus sic stanti-*
þus er at vísu undirhregla, er
þó yfirleitt talin gilda. um fram-
kvæmd þennar geta þannit mög-
valat: líli. Ef ~~þat~~ heft, þrest
~~er, at áttíðast~~ ^{venuleg} tiltekni at-
vik er, þannenda samn. og þann
þrest er samn. þann met nítun
fallinn. þó er skr. þessari reglu
í heimi til þess at telja samn., sem segja
mi upp á ákvæðum þrest: falla
brott af gjálfr séi, Ans: lott: s.
356-357. þetta á at vísu vit
um okk., er eftir öllum atv.
tel og samt, at reglan velus
sic stanti-þus get: heft þjóttrigu
til hlitjóna.

Áf þessu yfirhiti: er
gjört, at hugsanlegt er þó þess
er, at ~~þess~~ ^{þess} fallinn um
samn. þann til greina samn
þann ítt., sem Ans: lott: þann
heft: í þá met séi ógildtrigu
samn. á þess þess þess þess
þess at þess

Lín þess at þess þess þess
til.

í heimi til

þá er eftir ást., sem
heimila at vilta samn. Um
herra ~~rest~~ - Amg: lott: á s. 359-
360. Þessi ábrif segi hann,
at "Nichterfüllung" = vanfrúð
haf-. Um þetta segi hann:

"Ef annar atili fullnæggi
þeki samn., hefur þat eitt rit
af lagmi sig þeki: þó með
sér brottfall hans [ögildingur];
er hann atilinn öðlast réttinn
til at vilta samn., þ.e. hann
lýsir yfir, at hann tekur sig
þeki lengur skuldbundinn til
at halda samninginn. ---

En samningarnir falla þeki af
gjöldum sér in gildi. Seldur öðlast
annar atili rit at hinum ^{einhluta} fullnæggi
þeki einungis rétt til at ábróta,
at samn. sé þaróttfallinn og þá
með því, at hann lýsir sig ~~þeki~~
~~þekist~~ undan skuldburði til at
þyggja þeim samn., sem þeki var
fullnæggt. er hann hefi einnig
fullkominn rétt til at ábróta,
at samn. skuli gilda áfram, og
í þess at at þrefjart fullnæg-
gingu og a.t.v. bóta lagmi bestit
tjórn af hinum atilanum.

Af þessu leitni, at meðan
þat ríkt, sem réttinn hefi,
lýsir þeki yfir vilja sinna
til at láta samn. falla réttan,
þá heldur hann gildi sinna
og fullnæggi ábrifum. Autoritat
ventur yfirlýsingar um viljan
til brottfalls, samn. at verða
innar hefils tíma frá samn-
nosum; er af ríkt, sem réttinn
hefi lítur lengi, og einnig
af þess at ábróta ~~þekist~~ halda

áfram at fullnægja samr., þá
vertu þu af at ályfta, at þat hafi
afslátt séi rétti: sínum. Met ein-
földum mótunum gegn samnings-
rofnum - ríftingarnéttinum
hvarþi beitt sé hann á skilum.

Sumi ríthöfundar vilja
gera á milli venlegrar og ó-
venlegrar atvita samr. og tek-
marka réttinum til brottfalls
samr. vit þau tilfalli, þegar
brottit hefi verið á mót: þessum
lyrnufuðu; en þat er ekki hægt
at gjá, því annan er sá atili,
sem þessi vandfud hefi ortit,
atvitat demt réttar um blottfalls-
lega þýtingu þinna gjuss samr-
áker., og verður þá at hafa í
huga, at samnings skuldbindingin
tekiu jafnt til allra áker. samr.
og geri þu jafn- skuldbindingi.
Einnmitt þess vegna hefi einblita
vandfud ekki af sjálfu séi í þó
met sé ógildingur samr.; heldur
er þessum, sem þessi þessi verður,
í gjálfrátt sattu þvort hann vill
heldur brottfall at fram held
samningsins. Atvitat geta
samnings atilan ákvættit, at
brott gegn vissum áker. veiti
ekki heimild til at rífta
samr. í heild".

gat:

Ath. | |
vel. | |

alls samr.

at gera innan hefilegr
tíma, en þá er aut-
vitat mótat vit frá
því vandfud loka.

Taka sí ataklega eftir,
at Amg: botti tekiu ríftingur
heimila, þó at vandfud sé ó-
venleg og at hann teki sök á
vandfud eiga þýtingu hafa, þ.e. ríft-
ingarnéttur sé alveg eins þessi heidi,
þó at sé, sem vandfud: þessi eiga
sök á vandfudum sínum. Þessi voru
en at nota vassad ríftingarnétt verður

Í enskum málum höfðu
 er Dypenheim: International
 Law Standard-Verk um fjösta-
 rítt. Í Vol. I. 5. utg., sem
 Dautenpacht professor, heims-
 framt autoritet, hefur gefit ut, er
 á s. 738-745 tækt um clausula
 rebus sic stantibus. Á s. 738
 segir: "For it is an almost uni-
 versally recognised fact that vital
 changes of circumstances may
 be of such a kind as to just-
 ly a party in demanding to be
 released from the obligations
 of unnotifiable treaty." -- Á
 s. 739 "For this reason every
 treaty implies a condition that,
 if by an unforeseen change of
 circumstances an obligation
 stipulated in the treaty
 should imperil the existence
 of vital development of one of
 the parties, it should have
 a right to demand to be
 released from the obligation
 concerned". Hinsu. vertur
 at þessum sam. jafnvel þótt
 stríð breytis svo, at þeir
 vert: „burdensome“ „This
 explains why in almost all cases
 in which the doctrine rebus
 sic stantibus has been invoked
 before an international tribunal,
 the latter, while not rejecting
 it in principle, has refused
 to admit that it could be
 applied to the case before it.“
 s. 740 - þó at sam. rit breytt
 at v. vert: „disagreeable, burden-
 some and onerous“ vertur auto-
 at þessum sam. jafnvel þótt

4th. sei stöðl.

"- if a state enters into a treaty of alliance for a certain period of time, and if, before the expiration of the alliance, a change of circumstances occurs, so that now the alliance endangers the very existence of one of the contracting parties, all will agree that the clause *rebus sic stantibus* would justify that party in demanding to be released from the treaty of alliance!"

Þessi vanaþrud á samr. er dñi hñt sama s. 747-749 og hjá Angilotti. Þreipit er á ágreinngjann milli höfundu, hvort þat sé ein vngis vanaþrud á venulegum atv. samr., sem veit: riftningarrétt, sta hvers-þona vanaþrud, þótt á övvenlegu atv. sé. Þeigi, at þyppen heinn sjálfur þöf: veit á seinni skotuninni er hantþocht heldur hinni fram. Slann vitna: atva höfundu, sem haldur fram, at "it is only a failure by one party to observe a material stipulation, a stipulation which is material to the main object, or, if there are several to one of the main objects" that justifies the other party in abrogating the whole treaty." matam. s. 748.

Taka eftir, at ef fleiri er eit venulegt atviti: er: samr. þá talja jafn vel þeiri, sem skammt vilja ganga um riftningu þeimilda, rétt at rifta öllum samr.

"The right to cancel the treaty on the ground of its violation must be exercised within a reasonable time after the violation has become known!"

s. 748-749.

Atal fjöðrétta höfundur

Dana er Axel Møller professor,
við er vísu litarinn. 1

Folkeretten: Fredstíð og Stríðs-
tíð. Bd. I, 2. útg. 1933 s.

258 tekur hann mál ástættu
til Traktats dýðni „C. Mis-
líkholddse“. At væsentlig Mis-
líkholddse frá den ene Parts Síde
man beviðige den anden til at
enklave hele Traktaten frá bort-
fallens stæmmu með almúnd-
lige Kontrakti reglu. Men man
vil: Folkeretten, bl. a. under
Stærðun til den mere usíkre
Retsástandhævelse, ~~er~~ tilíggjelig
til noget større Strængheit,
sáledes at ogsá er: og frá
sig væsentlig Mislíkholddse
næralíggjelig hvi den er forsætlig
eller gíven begrundet Ársáknun
til Frygt frá Santagelse,
eftir dæmstændig hederne vil
kunne gíve Modparten Føje
til at hæve Traktaten. Den
blotte Frygt frá Mislíkholddse
hævur náttúrlíggjelig: Almúnd-
líggjelig íngin Betyðning!

Áf rettarálsáttis. er lík-
legt, at Axel Møller tekur
Áng-ítt: ~~de~~ „ frá vítt-
gáandi“: at telja víttánga-
líggjelig líggjelig hendi, alveg er
tíllit, til þess hvort vænful
er vænleg sta áber: -

Um clausula rebus sic
stantibus segir Møller m. a.
s. 259: „Den væsentlige og
uforudsette Eindríng: Forholdt
ene, som máttu gíve det blott
flá Modparten, at den kontrakt-
sævendi, Part under sádanne
dæmstændigheit: líkka vilde være

bunden ved Traktaten, bør
berettigede til dens ophevelse.
Spørgsmålet om Tilstedeværelsen
af denne Opførsel er en
særlig til Afgørelse ved Vold-
gift!

A 2.261 vider Møller at for,
at det var en fejltagelse. Ikke
brødt af sig selv, men helder en anden,
af hvem rift: Sama se om
Clausula rebus sic stantibus.

Professoren Castberg bemærker
føjetarett: Solo. 5 Folkerett,
Solo 1937 s. 143 siger han
"Den som en Traktat bliver
vesentligt misligholdt af den
ene part, må den anden part
være berettiget til at erklære
sig ubundet af Traktaten".
Hans udtalelse henviser. Bemær-
kningerne herfra, som følge af
overvejelser om, veit: herimod
til riftariga. Sit atalega
f. den hann var hugsaert at
holde þessu fram, "hvis man
samtidig vil se bort fra
hva vidt misligholdelsen er
tilsigtet eller ikke". Sit
tala hann um, at misligholdelsen
eigi at vera "tilsigtet og
vesentlig", en eftir því, sem
á munnur er komit og skv.
bemariningum allra annara,
blístan hann at meina
"tilsigtet eller vesentlig", og
tala hann þó ekki um
þetta: því samb., at það
skift: máli bei.

sambandslögin
Um tbl. gjölf segin
Umud Berlin: Dan Danske-
islandske Forbundslov, 3. Udg.
1923, s. 19. : ~~1923~~

„Men udelig kan den
ogsaa som blot folkeretlig
doverenskomst, skønt det heller
ikke er udtalt: F. b., bort-
falde efter Reglerne for andre
Traktater anerkendte Dphøvs-
maader, f. Ex. ved Mislighold-
else fra den ene Parts Side
eller: Tilfælde af væsentlig
forandrede Omstændigheder,
for saavidt den kan paa Grund
af det borte Aaremaal, for-
bevilket doverenskomsten er
bindende, over hovedet kan
blive Tale derom. Thi at
Spørgsmaalet om, hvorvidt
slige Dphøvsgrunde foreligger,
kan blive at forelægge det
: F. b. § 17 om handlede
Voldgiftsmaer, udelukker jo
ikke, at slige Dphøvsgrunde
muligt maa siges at foreligge
og derfor at drøge de sædvan-
lige folkeretlige Følger efter
sig.“

Einar Arnarsson:
Gjöttritar samband Íslands
og Danmerken s. 126-127
Felic med al í stöðna til
brottfalls Sambandsráttmálaus
samninga róf:

„frá má vera, at annaðhvort
íhitt vægi samninginn í vinnu
legum atvikaum. Íft manni

þæt velt á skilningi á fyrri-
máttum dól. þvort samningsrof
skuldi telja framir eta dól, og
á velt mundi tryggast at leggja
ágreiningu um þann dól í gert.
undóm þess og gæva
samningsrof dól: gildandi fyrri
er gertadómur heft: niðurstat
þann framir. Þg samningsrof
þurfa at vera venuley til þess
at ríttlata uppsögn á sáttmál-
um um. Einnig þæt at rit:
væri heppilegt at leggja undir
gertadómur.

Þá tala E. A. at reglur
rebus sic stantibus gildi hér.

En loks segi þann:

"Væra má enn fremur,
at framkvæmd sambandslaganna
þyngi at einhverju heft: at
þrestast vegna óvitráðanlegra
atrika. Þetta get: ort: t, ef
annat ríkanna spati t dól
hér skildi: bíli (obkuperat)
eta ef þæt at einu heft: t
í frít: Dan málk get: ^{ort: t} _{2. omög}
legt at fara með utan ríkis
mála um bot: t, ef þinn heft:
í frít: nema at nokkum heft:
Þg þrestat: t þann með fram-
kvæmd sambandslaganna at
nokkum heft:." s. 127.

Þvo sem gjá má er
E. A. málur þinn er autoritativ
gefa ástætu til. - Vartandi
tal þann og ávara um
gertadómur vil og þæða á, at
þann tala einungis um, þvort
þryggast sé og heppilegast, er
dól: ríttalega velt: og þrestur

gevi þann rítt fyrri,
at einungis get: ort: t,
ef dól, er í framkvæmd.
Kl. "bíli".

og landhelgisgæsluma

10. apríl '40 ljóst: Al-
þingi yfi: "Væga þess
ástands, sem mi helgi skopt,
getur Danmörk ekki rætt
umboð til meðferða utan-
ríkis mála Íslands skv. 7. gr.
sbl. --" osfrv.

Með þessum var af Ís-
lands hálfu slegit festri van-
afn Dana þetta á samun.
Þetta atv. vartandi. Dan-
hafa ekki mót mælt, at þetta
vari rítt heldur þvert á
mót: vitu bent þat, Danfudun
helst áfram. Íslendingar
getur þessa bráta b. rítt staf-
ami út af vanfudunni
~~þat~~, ~~er~~ láta ein sáðgjá at
fresta framkv. samun. at
þessum best:.

Ekki getur vaf- á því
leiki, at ~~meðferð~~ skylda Dana
til meðferða utanríkis mála
og gæslu landhelgi eru hvort
treggjá verul. atv. sbl. Skit
þessa liggur í augum eppi,
um hit ritara má geta þess,
at landhelgisgæslun er luggst
sem greiðla af Dana hendi
þyngi fiskeitavétt Færeyinga
í landhelgi. Eruum vit skyldir
til at fullnægja at obbu
hálfu, þessa Danir láta ekki
endurgjaldit: í þ. þessum
vanfudun hafa mi státt
seo luggi at vit þurfum
ekki at láta obbu nægja
bráta b. rítt. og þer eru
þessum ~~sem at iðnuvel~~

þeir, sem skammt vilja fara
um ríft inngangurinn hjóta
at hann sé heil vartandi
allan saman. (skr. þat sem
eg segi í samb. vit. þyngurinn)

Þinginn er á öllum
samun. er þeir öt virðum, þat
einu er sé til þessa litit. En
þegar á hitt a litit, at þessum
hefi verið svo lengi óbleitt at
gegnu skyldu sinni gegn vart
þolandi, at þat er a. m. b.
skilri raf á abl. þat vit of
mannum þessum þessum, og at
jafnréttis áber. er einu er þessum
um þá þessum þessum ríkis, sem
áttu voru í heinar, en mundu
verta ófram þessum áber, ef
þessum er milli getu ortit
er atviki at öttu leyt:
óbreytt, en 3) at yfi-vofandi
er at abl. get: ortit þessum
þessum: þol. um alla fram-
tit, skr. ort róm: þessum um,
at þessum. mundu nota þessum
sem skilri skjól til at lá eigna
sinnu á landit, þá þessum meir
þat vera þessum: í þessum
land rít og andleg þessum at
segja, at ríft inngangurinn
sé skilri til.

þegar

Þessum er, at ef þessum
inngangur vertu um þessum ríft
þessum milli þessum og Dana, þá
~~þessum~~ skilri áber. skr.
abl. ut a. m. b. saman. 1930 at
leggja þat í gert. þessum má ut-
vitit um og E. A. at tryggast sé
at geva þat þessum fram. En
þessum er laga skyldu til þessum.

þá, sem í dagl. lífi
heldu þeir fram, at hann
eigi rétt á at rífta hann
vegna vanefnda hins, þer
eigi lýni fram í dómtölum
og þer ríftningarbei mild
sína vitan berða. Gledu
rífti hann og létu þann
er vanefndi um þat, hvort
hann þer í mál.

Í þjótaréttinum er
réttarverndin miklu minni
en metat einstaklinga. Þeir
skyldi þá í þessu tilfalli
eiga at begra sér með
eum meiri réttarvernd
en einstakl. mundi gera?

Éf rétt er talið at rífta
þer autvitat þat gera þat
og líta dag standa um,
hvort Dómin mót mál áta
þera málið undir Dómi,
sem mi er a. m. k.
þer þat, hvort starfþefur
veri.

Glevat sem um þat
er, þá er alveg ljóst,
at þat hvernig manni
vilja þanna réttinum
fram, ef þeir eiga hann,
er alt annað en hvort
þeir eiga hann og hlyg
hvort þeir vilja nota
hann:

Skiljat upp í miðlum
fljóti. Þessi lesit og
tilvitnanirna ósam-
barna. Einnu og á þat
þei privat..